

# Landtag von Baden-Württemberg

53. Sitzung

14. Wahlperiode

Stuttgart, Mittwoch, 5. November 2008 • Haus des Landtags

Beginn: 10:03 Uhr

Mittagspause: 13:15 bis 14:15 Uhr

Schluss: 19:17 Uhr

## 2. Aktuelle Debatte – Finanzmarktkrise und Auswirkungen auf Baden-Württemberg – beantragt von der Fraktion der CDU, der Fraktion GRÜNE und der Fraktion der FDP/DVP. . . . . 3702

**Abg. Dr. Reinhard Löffler** CDU: Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Unser Land war vor der Finanzkrise die wirtschaftlich stärkste Region in Europa und wird es auch nach der Finanzkrise sein. Ihre intelligente Fraktion, Herr Kretschmann, wird daran trotz allen Bemühungen nichts ändern.

Eine marktwirtschaftlich organisierte Volkswirtschaft bewegt sich in Zyklen, nicht nur geradlinig nach oben, und das unabhängig von grünem Wunschdenken und unabhängig von sonstigem ethischen Denken. Abschwungphasen sind Teil der Entwicklung.

Unsere Wirtschaft ist weltweit erfolgreich, und zwar nicht nur im Automobilbau, sondern in allen Branchen. Dafür muss sie bei globalen Konjunkturschwankungen auch Tribut zahlen. Auch wenn wir nicht ungeschoren davonkommen, droht unserer Wirtschaft doch kein freier Fall in die Rezession. Schwarzmalen ist etwas für ängstliche Börsianer.

(Heiterkeit des Abg. Karl-Wilhelm Röhm CDU – Zuzuruf der Abg. Brigitte Lösch GRÜNE)

Unser Universalbankensystem ist robust. Die Banken können heute allen mittelständischen Unternehmen die Kredite für die Investitionen von morgen geben. Wir werden auch unsere Landesbank in die Lage versetzen, den Mittelstand weiterhin mit der benötigten Liquidität zu versorgen. Wurden in der Vergangenheit unsere Sparkassen und Volksbanken wegen ihres konservativen Geschäftsmodells von den großen Banken belächelt, sind sie heute die Gewinner, weil sie das Vertrauen ihrer Kunden nicht missbraucht haben, sondern darlegen können, wie sie ihre Geschäfte betreiben. Vertrauen ist der wichtigste Wachstumsmotor.

Robust ist auch die Branchenvielfalt im Land. Unsere mittelständischen Strukturen verhindern, dass unsere Wirtschaft bei einer Krise wie ein Kartenhaus zusammenfällt. Die vom Aufschwung ausgelösten positiven Impulse wirken nach. Hilfreich ist dabei, dass auch die Rohstoff- und Energiepreise ins Rutschen kommen. Die Krise – und vielleicht hat das etwas

mit falschem Denken zu tun, Herr Kretschmann – legt Managementfehler gnadenlos offen. Es wird die treffen, die auf Halde Überkapazitäten produziert und neue Technologien verschlafen haben, die zugunsten steigender Umsatzzahlen überhöhte Restwerte bei ihren Leasingverträgen zugrunde gelegt und dadurch ihre Preisstruktur kannibalisiert haben, und diejenigen, die statt in Innovationen nur in Showrooms investiert haben. Sie kommen in den Sog der Marktkonsolidierung. Hier greifen die Selbstheilungskräfte des Markts, aber auch darin liegt eine Chance.

Ganz überwiegend sind unsere Unternehmen heute deutlich wettbewerbsfähiger als noch vor einigen Jahren. Kooperationen und Netzwerke mit Hochschulen sowie Forschungsinstituten tragen Früchte. Auslandsgeschäfte mit der NAFTA und der EU lassen nach, während die Exporte in asiatische Länder zweistellige Zuwachsraten verzeichnen. Damit werden heute noch nicht die gleichen Volumina erzielt, weil sich auch das Wachstumsklima in China merklich abkühlt. Das rauere Konjunkturklima führt zwar zu vorsichtigen Investitions- und Beschäftigungsplänen. Von drastischen Sparmaßnahmen und Massenentlassungen sind wir aber weit entfernt.

Hektisch mit staatlichen Konjunkturprogrammen gegenzusteuern wäre der falsche Weg. Maßnahmenpakete, die nur die Staatsausgaben erhöhen, die Einnahmen aber unverändert lassen, fördern nicht nur die Inflation, sie bringen auch höhere Schulden und damit die Steuern von morgen.

Die internationale Finanzkrise ist ein äußerer Einfluss, dem das Land Baden-Württemberg nicht mit antizyklischen Maßnahmen aus der Werkzeugkiste von Keynes entgegentreten kann – allein schon deshalb nicht, weil das Land nicht über die Mittel verfügt, um eine entsprechende Wirkung zu erzielen.

Selbst dann, wenn wir in naher Zukunft erkennen sollten, dass politisch und gesellschaftlich unerwünschte Strukturveränderungen in der Wirtschaft drohen, kann das Land nur gemeinsam mit anderen auf nationaler und europäischer Ebene etwas ändern.

Unsere besten Konjunkturprogramme sind neben der Nullneuerschuldung Stuttgart 21 und der Ausbau der Rheinschiene. Daran halten wir eisern fest.

(Abg. Winfried Kretschmann GRÜNE: Egal, was es kostet!)

Anstatt staatliche Ausgaben auszuweiten, sollten wir mehr private Nachfrage schaffen und Impulse im Binnenmarkt setzen. Die Zeit ist überfällig, die kalte Progression im Steuerrecht zu beseitigen. In den Fünfzigerjahren zahlte derjenige den Spitzensteuersatz, der das Zwanzigfache des damaligen Durchschnittseinkommens erzielte. Heute gilt schon der als Spitzenverdiener, der das Zweieinhalbfache des Durchschnittseinkommens verdient.

(Abg. Peter Hofelich SPD: Bei gesenkten Sätzen!)

Hier muss das Koordinatensystem neu justiert werden. Wir brauchen keine Umverteilungsprogramme, sondern gerechte Steuern. Nur so schaffen wir Vertrauen bei den Menschen, die sonst aus Angst ihr Geld dem Wirtschaftskreislauf entziehen,

das Geld, das ihnen der Staat nach Abschöpfung des Solidaritätszuschlags und der Mehrwertsteuer noch lässt.

Auch unsere Unternehmen haben einen Anspruch auf gerechte Steuern. Ich will jetzt nicht nur zur Kfz-Steuer etwas sagen – dazu ist schon tausendmal Unsinn erzählt worden.

(Zuruf des Abg. Franz Untersteller GRÜNE)

Aber für unsere Unternehmen gilt: In Zeiten des Aufschwungs mag es wichtig sein, den Verlustvortrag und -rücktrag betragsmäßig zu begrenzen. In Zeiten des Abschwungs entzieht diese Steuerpraxis den Unternehmen dringend notwendiges Kapital. Dabei nützt auch der Vorschlag zur Wiedereinführung der degressiven Abschreibung nichts. Da möchte ich dem geschätzten Finanzminister einfach einmal widersprechen.

(Oh-Rufe von der SPD)

– Ja. Wir sind eine große Volkspartei. Da darf es unterschiedliche Auffassungen geben. – Auch die Gewerbesteuer ist mir ein Dorn im Auge.

(Zuruf von der SPD: Ach!)

Ich weiß, sie ist für Kommunen unverzichtbar. Aber es darf nicht sein, dass diese Steuer immer mehr vom Gewinn abgekoppelt wird und den Charakter einer Substanzsteuer bekommt. Langfristig werden so Arbeitsplätze vernichtet. Hier sehe ich Reformbedarf.

Steuersenkungen haben den Vorteil, dass Arbeitnehmer und Unternehmer gleichermaßen profitieren. Die Konjunktur wird auf einer breiten Basis gestützt. Bei staatlichen Ausgabenprogrammen ist das anders. Deshalb gilt hier: Besser Hände weg!

Die Beschäftigtenzahlen sind in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen, und die Arbeitslosenzahlen sind auf ein historisches Tief gesunken. Der Reformprozess war erfolgreich, wenn auch nicht einfach und nicht immer schmerzfrei.

Mit der Diskussion über gesetzliche Mindestlöhne, steigenden Krankenkassenbeiträgen und hohen Tarifabschlüssen setzen wir jetzt alles wieder aufs Spiel. Die mögliche Absenkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung ist dabei keine große Hilfe. Auch hier darf der Denkprozess nicht zu Ende sein, und – da gebe ich Ihnen einmal recht, Herr Kretschmann – er darf auch nachhaltig sein.

Kolleginnen und Kollegen, die internationale Finanzkrise ist die Stunde der Politik und die Stunde des Parlaments. Nutzen wir sie!

Vielen Dank.

